

Seit längerem trifft sich der Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten, der Förderverein und interessierte Leute aus der Region einmal im Jahr in Köln, um gemeinsam interessante Vorträge zu hören und anschließend zu diskutieren. Dieses Jahr fand die Tagung am 24.2. in der Alten Feuerwache statt. Vor einem überschaubaren Teilnehmerkreis referierten zunächst Dr. Erol Yildiz von der Uni Köln zum Thema „Zur Ent-

stehung von Feindbildern und ihre gesellschaftliche Funktion – Feindbild Islam“ sowie der Berliner Journalist Carsten Hübner, der für die Linkspartei kürzlich eine Studie erstellt hatte zum Thema „Vom Rand zur Mitte – Aktuelle Entwicklungstendenzen in der extremen Rechten“. Wir dokumentieren zunächst den Vortrag von Carsten Hübner. Der Vortrag von Dr. Erol Yildiz erscheint in der Nummer 8 der AN.

Rechtsextremismus und die Mitte der Gesellschaft

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat vor einigen Monaten eine Studie zu rechtsextremistischen Einstellungspotenzialen in der deutschen Bevölkerung¹ vorgelegt. Ihr Titel lautet: „Vom Rand zur Mitte – Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“.

Die Ergebnisse der Studie haben nicht nur in der demokratischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik für Aufsehen gesorgt. Auch die NPD, die kurze Zeit später ihren Bundesparteitag in der „Reichshauptstadt Berlin“ abhielt, sah sich in ihrem Parteitagsmotto „Aus der Mitte des Volkes“ bestätigt.

15 Prozent der Deutschen unterstützen der Studie zufolge die Aussage: „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“; 26 Prozent sind der Meinung: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.“

Der NPD-Parteichef Udo Voigt verlas diese Ergebnisse vor den Delegierten – und erntete erwartungsgemäß viel Beifall. Später, bei der Pressekonferenz, betonte er dann jedoch, er habe lediglich die Zahlen referiert, sich die Aussagen der Studie aber nicht zu Eigen gemacht. Kurz zuvor im Saal hatte sich das noch ganz anders angehört. Da folgerte Udo Voigt aus den Umfrageergebnissen: „Unsere Zeit ist gekommen“.²

Mal abgesehen von der Tatsache, dass die Studie auch belegt, dass die Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungsmustern keineswegs zwangsläufig mit der Zustimmung zu einer rechtsextremen Partei einhergeht, worauf auch das Abschneiden der NPD bei der letzten Bundestagswahl hindeutet (1,6 Prozent), ist ihr Ergebnis für sich genommen bereits erschreckend genug. Danach sind von

nahezu 5.000 Befragten überwiegend oder völlig überzeugt:

37 Prozent, dass Ausländer nur hierher kämen, um unseren Sozialstaat auszunutzen,

39 Prozent, dass die Bundesrepublik durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet sei,

35 Prozent, dass Ausländer wieder in ihre Heimat geschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden,

28 Prozent, dass es oberstes Ziel der deutschen Politik sein sollte, Deutsch-



www.arbeiterfotografie.com

land die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zustehe und

40 Prozent, dass wir endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben sollten.

Umfrageergebnisse wie diese sind allerdings nicht neu. Etwa 10 bis 15 Prozent der Bundesbürger, so die Meinungsforschung der letzten Jahrzehnte, verfügen über ein geschlossenes, rechtsextremes Weltbild. Die Zustimmung zu einzelnen rechtsextremen Einstellungsmustern liegt traditionell deutlich höher. Dennoch ist es den demokratischen Parteien in der Vergangenheit in aller Regel gelungen, einen wesentlichen Teil der rechtsextremen Klientel an sich zu binden. Ein anderer Teil ist aufgrund der Chancenlosigkeit und öffentlichen Ächtung neonazistischer Parteien den Wahlen zumeist fern geblieben.

Die Grundlagen dieses politisch durchaus erfolgreichen Dualismus aus Integration und Ausgrenzung scheinen derzeit jedoch zumindest in Teilen der Bundesrepublik in Frage zu stehen. Gerade noch 14 Prozent der Bundesbürger setzen großes oder sehr großes Vertrauen in die Arbeit der politischen Parteien, so das Ergebnis einer Umfrage von Infratest dimap aus dem November 2006. Knapp ein Viertel der Befragten (23 Prozent) vertritt die Auffassung, dass es egal sei, wen man wählt, da „alle Parteien gleich sind“.³

Gleichzeitig schwindet die allgemeine Zufriedenheit mit den demokratischen Prozessen. Während im Jahre 2002 und im September 2005 noch etwa 60 Prozent der Bevölkerung ihre Zufriedenheit mit dem Funktionieren demokratischer Strukturen zum Ausdruck brachten, waren es im November 2006 mit 49 Prozent der Befragten bereits weniger als die Hälfte. Besonders eklatant ist der Vertrauensverlust in Ostdeutschland. Hier fielen die Zustimmungswerte binnen eines Jahres um zehn Prozent von 42 Prozent (2005) auf nunmehr 32 Prozent.⁴

Dennoch gilt auch heute noch, dass es rechtsextremen Parteien und Organisationen, trotz ihrer partiellen Wahl- und Mobilisierungserfolge, bis dato nicht gelungen ist, das rechte und rechtsextreme gesellschaftliche Potenzial flächendeckend auszuschöpfen. Ursachen dafür sind eine mangelnde gesellschaftliche Verankerung, die Fragwürdigkeit ihres Politikgebots und das Fehlen einer charismatischen Führungsfigur.

Dazu kommt, dass „rechtsextreme Themen“ keineswegs immer ganz oben auf der Agenda der Wählerinnen und Wähler stehen. Umstände, die sich, das kann man in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und in anderen Bundesländern beobachten, durchaus verändern können. Darauf verweisen zwei Untersuchungen, die eine bedrohliche Normalisierung nicht nur rechtsextremer Einstellungsmuster sondern auch der rechtsextremen Parteienlandschaft beschreiben:

Nach den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im September 2004 stellte das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap fest:

„Während jeder fünfte Sachse und jeder vierte Brandenburger NPD bzw. DVU als normale demokratische Parteien betrachten, erklärt in beiden Ländern etwa jeder zweite Wahlberechtigte, NPD und DVU würden zumindest die Dinge beim Namen nennen.“⁵

Nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern im September 2006 attestierten der NPD bundesweit immerhin 11 Prozent der Befragten, sie sei eine „demokratische Partei wie die Bundestagsparteien“.⁶

Aber auch in den Reihen der Linkswähler sind rechtsextreme Positionen keine Seltenheit. Die bereits erwähnte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung hat dies neuerlich unterstrichen. Danach muss nahezu jeder dritte Anhänger der Linkspartei.PDS und der WASG als ausländergefeindlich und immer noch jeder zehnte als chauvinistisch gelten. Im Bereich der Ausländerfeindlichkeit werden die Werte der Linkswähler sowohl im Osten als auch im Westen der Bundesrepublik nur von der Gruppe der Nichtwähler und mit deutlichem Abstand von den Wählern rechtsextremer Parteien übertroffen.

Ein Ergebnis, das aufhorchen lässt, weil es weder mit linken Grundwerten noch mit der Programmatik der Linkspartei.PDS oder ihren Wahlaussagen in Einklang zu bringen ist.

Ein dringlicher Hinweis aber auch darauf, dass es der Linkspartei.PDS bisher nicht flächendeckend gelungen ist, die irri-ge Verknüpfung zwischen Migration und Arbeitslosigkeit aufzulösen bzw. gegen rassistische Weltbilder in den eigenen Reihen erfolgreich anzugehen. Ähnliche Untersuchungsergebnisse gibt es übrigens auch für die Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder.

Inwieweit dieser offenkundige Widerspruch zwischen linker Programmatik und den Einstellungen der Anhänger-schaft bei der Landtagswahl in Mecklen-burg-Vorpommern ausschlaggebend für eine, wenn auch im Vergleich zu CDU und SPD überschaubare, Wählerwan-derung von links in Richtung NPD ge-wesen ist, ist nur schwer auszumachen.

Klar auf der Hand liegt hingegen, dass ein Teil der bisherigen Linkswähler in ih-rer Proteststimmung durchaus auch vom rechtsextremen Lager angesprochen werden kann. Gleiches gilt für die wach-sende Zahl der Nichtwähler, die, wenn sie sich doch zum Urnengang entschei-den, zuletzt eher rechts als links gewählt haben. Ein Umstand, der für die Linke umso schmerzhafter ist, handelt es sich bei den Wählern neonazistischer Parteien doch zu einem hohen Prozentsatz um ge-nau jene gesellschaftlichen Gruppen, de-ren sozioökonomische Partizipation im Zentrum linker Theorie und Praxis steht.

Der Rechtsschwenk ehemaliger Linkswähler und die nachlassende Mobi-lisierungsfähigkeit der Linkspartei.PDS im eher diffusen Nichtwählerspektrum bergen aber nicht nur Gefahren für die Partei selbst. Insbesondere in Ost-deutschland ist damit auch eine gesamt-gesellschaftliche Dimension verbunden, die nicht zu unterschätzen ist. Denn bis dato ist es keiner anderen Partei in einem vergleichbaren Maße gelungen, weit ver-breitete systemkritische Stimmungen und Protestpotenziale in einem demokratischen Kontext zu binden und politisch wirksam werden zu lassen. Das Engage-ment gegen Sozialabbau, gegen die Ver-ödung ganzer Landstriche oder die neoli-berale Deformation gesellschaftlicher Strukturen blieben dadurch weitgehend verkoppelt mit den antirassistischen und demokratischen Grundsätzen fortschrit-tlicher Politik.

Eine Reihe von gesamtgesellschaftli-chen Entwicklungen kommt jedoch der auf Ausgrenzung und einfache Weltbil-

der setzenden Strategie von Rechts ent-gegen. So reduziert sich die politische Debatte in der Öffentlichkeit zunehmend auf den Austausch von Schlagworten. Gleichzeitig schwindet das allgemeine Wissen um komplexe politische Zusam-menhänge. Nicht selten besteht, zumin-dest in Teilen der Bevölkerung, auch ein-fach kein Interesse an der Auseinander-setzung mit komplizierten oder wider-sprüchlichen Sachverhalten. Darüber hi-naus sind langwierige demokratische Aushandlungsprozesse nach mehr als zwei Jahrzehnten neoliberaler Propaganda und Praxis weitgehend delegitimiert. Die daraus resultierende Schnittmenge zur rechtsextremen Ideologie lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: Der Stärkere setzt sich durch – und zwar rücksichtslos und möglichst schnell. Ein-fache und scheinbar radikale Lösungen gewinnen vor diesem Hintergrund zu-nehmend an Attraktivität.

Die Politik ist demnach gefragt, Ant-worten auf Prozesse der Ent-Demokrati-sierung zu finden. Die Politik- bzw. Poli-tikerverdrossenheit ist dabei nur ein Mo-ment, wenngleich es in den Medien eine hohe Präsenz erfährt. Viel grundlegender sind Fragen eines demokratischen Mit-einanders und des Gefühls, die Geschi-cke des eigenen Lebens nicht mehr be-stimmen zu können, weil Arbeitslosig-keit, gesellschaftliche Entsolidarisierung oder der Druck im Berufsleben die per-sönlichen Bewegungs- und Entfaltungsmöglichkeiten massiv einschränken.

Dazu kommt die Kapitulation der Poli-tik vor Herausforderungen wie der Glo-balisierung oder der Arbeitsmarktpolitik, die einer Selbstdelegitimierung gleichkommt. Zu Recht steht die Frage im Raum, wes-halb man noch zur Wahl gehen oder sich engagieren soll, wenn angeblich keinerlei poli-tischer Handlungsspielraum mehr besteht, sondern alle Verantwortung in die privat-ökonomische Sphäre abge-wandert ist.

Dabei sind es gerade Fragen nach gesamtgesellschaftlicher Gerechtigkeit, nach einer sich stetig öffnenden Schere zwi-schen Arm und Reich und nach der Integration von Mil-lionen Arbeitslosen, die die Menschen emotional bewegen, während sich die Politik zunehmend in unverständli-chen Fachdebatten ver-schleißt.

Das Helmut Schmidt zuge-schriebene Motto: „Wer Visio-nen hat, sollte zum Arzt ge-hen“, hat in der politischen Landschaft erheblichen Schaden angerichtet. Menschen



Neue LOTTA - ANTIFASCHISTISCHE ZEITUNG AUS NRW erschienen. Erhältlich ist LOTTA für 2,50 Euro in gutsortierten Buchläden, für 3,50 Euro als Einzel exemplar per Post sowie für 13 Euro als Viererjahresabo. Näheres sowie Rabatte für WeiterverkäuferInnen siehe www.free.de/lotta mail: lotta@koma.free.de & lotta-redaktion@gmx.de

Inhaltlicher Schwerpunkt der Ausgabe #26 ist das Thema 'Antikapitalismus' von Rechts. Mythos oder Realität? Neonaziaufmärsche, die sich mit wirtschafts- und sozialpolitischen Themen befassen und mit sozialdemagogischer und pseudo-antikapitalistischer Phraseologie daher kommen, sind heute keine Ausnahme mehr. Auch das Thema Globalisierung hat für die extreme Rechte an Bedeutung gewonnen, die NPD möchte sogar den G8-Gipfel im Juni diesen Jahres dazu nutzen, um sich als „einzige authentische Anti-Globalisierungspartei“ zu profilieren. Auch die „Freien Kameradschaften“ versuchen, eine antikapitalistische Politik von Rechts zu begründen, die sich als „revolutionär“ und „echte Systemalternative“ versteht. Ihren Ausdruck fand diese Entwicklung im Start der „Antikap-Kampagne“ unter dem Motto „Zukunft statt Globalisierung“.

Im 13 Seiten starken Schwerpunkt der LOTTA-Ausgabe #26 gehen Gerd Alt, Torben Heine, Günter Born, Jan Spreuk und Klaus Niebuhr dem „Antikapitalismus“ der extremen Rechten auf den Grund, aktuell und historisch, bundesweit und mit Blick auf NRW sowie Ostdeutschland.

sind zu Recht nicht für eine Politik zu begeistern, die sich auf parteipolitisches Gezänk und Fachdebatten beschränkt. Wer sich heute politische Debatten von vor Jahrzehnten ansieht, erkennt den Unterschied. Damals standen Überzeugungen im Mittelpunkt, heute sind es zu meist kleinteilige Rechenaufgaben.

Menschen sind für eine Politik zu begeistern, die Reformen mit Zukunftsvisionen verbinden und damit politische Identifikation ermöglichen. Wohin will die Gesellschaft, welchen Platz gibt es darin für mich und was kann ich zu dieser Entwicklung beitragen? Eine verstärkte Emanzipation der Bürger und ihre Teilhabe an Entscheidungsprozessen und politischen Grundsatzdebatten wären ein wichtiger Schritt, der zunehmenden demokratischen Entfremdung vieler Menschen entgegenzuwirken.

Die bereits zitierte Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung belegt weit verbreitete rechtsextreme Einstellungsmuster in der Gesellschaft. Gleichzeitig ist der organisierte Rechtsextremismus noch nicht in die Mitte der Gesellschaft vorgedrungen. Beide Sachverhalte miteinander zu verwechseln, würde bedeuten, wichtige Handlungsoptionen ungenutzt zu lassen.

Ich will den Unterschied anhand des Wahlergebnisses von Mecklenburg-Vorpommern verdeutlichen: Trotz des deutlich zu hohen Stimmanteils der NPD bei Arbeitslosen und jungen Männern muss etwa festgehalten werden, dass 83 Prozent der 18- bis 24-Jährigen, 88 Prozent der unter 30-Jährigen und 83 Prozent der Arbeitslosen nicht NPD gewählt haben. Einen Automatismus, zumal einen logisch begründbaren, gibt es demnach zwischen diesen sozialen Indikatoren und einem Votum für die NPD nicht – auch wenn die NPD gerne den Eindruck erwecken möchte, sie könne bereits als

die legitime Vertreterin dieser Bevölkerungsteile auftreten.

Fazit:

1. Es gibt derzeit eine steigende, wenn auch regional sehr unterschiedliche, Bereitschaft, rechtsextreme Parteien wie die NPD oder die DVU zu wählen. Allerdings gelingt es diesen Parteien bisher noch nicht, ihr manifestes Potential auszuschöpfen. Dazu kommt, dass die derzeitige Wählerschaft kein Spiegelbild der Gesellschaft ist. Gleichzeitig aber kann, unabhängig von der Bereitschaft sie zu wählen, eine Normalisierung im Umgang mit rechtsextremen Parteien festgestellt werden.

2. Die anhaltend hohe Zustimmung zu rechtsextremen Einstellungsmustern ist nicht gleichbedeutend mit der Bereitschaft, rechtsextreme Parteien zu wählen oder sich rechtsextrem zu organisieren. Sie ist vielmehr ein Indikator für einen gesamtgesellschaftlichen, zunächst explizit nicht neofaschistischen, Rechtstrend.

3. Neofaschistische Parteien werden überproportional von bestimmten sozialen, regionalen und gesellschaftlichen Gruppen gewählt. Trotzdem kann derzeit keineswegs die Rede davon sein, dass sie in diesen Gruppen die Meinungsführerschaft innehaben. Rechtsextreme Parteien sind insgesamt gesehen Kleinstparteien, ihre Wahlergebnisse liegen bisher nur in Ausnahmefällen über der 5-Prozent-Hürde.

4. Die These, der Rechtsextremismus, zumal der organisierte, komme aus der Mitte der Gesellschaft, spiegelt aus meiner Sicht die aktuelle Situation nicht hin-

reichend wieder, weil sie der extremen Rechten einen gesellschaftlichen Erfolg und Einfluss konstatiert, den diese bis dato nicht hat. Richtig ist hingegen, dass es rechtsextreme Einstellungsmuster bis weit in die Mitte der Gesellschaft gibt. Das macht es nicht besser, ist aber für die Analyse und Praxis ein gravierender Unterschied.

5. Ein wichtiges Kriterium für den Erfolg antirassistischer, antifaschistischer und damit auch linker Politik wird sein, inwieweit es gelingt, Strategien für vier Vorgehensweisen zu entwickeln, die sinnvoller Weise gegeneinander abgegrenzt werden sollten:

- a) Die Mobilisierung der Menschen, die nicht rassistisch sind oder rechtsextrem denken,
- b) die Auseinandersetzung mit Menschen mit antidemokratischen und rassistischen Einstellungsmustern suchen,
- c) die ergebnisoffene „Konfrontation“ mit rechtsextremen Protestwählern und
- d) die Ausgrenzung und Ächtung des manifest rechtsextremen Potentials.

Anmerkungen:

1 Vgl.: „Vom Rand zur Mitte - Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland“, Oliver Decker & Elmar Brähler unter Mitarbeit von Norman Geißler, S. 32ff, Hg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin 2006

2 Vgl.: „Unsere Zeit ist gekommen“, Informationsdienst ‚Blick nach rechts‘, 23.11.2006

3 Vgl.: „Deutschland-Trend“, Infratest dimap, November 2006, S. 6ff., Berlin 2006

4 Vgl.: „Deutschland-Trend“, Infratest dimap, November 2006, S. 7ff., Berlin 2006

5 Infratest dimap - Kurzanalyse nach den Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen im September 2004

6 Infratest dimap, Umfrage für ARD-Morgenmagazin, 20.09.2006, www.infratest-dimap.de



Berg frei! Schluss mit den Pfingsttreffen der Gebirgsjäger in Mittenwald!

„Berg frei!“ – so grüßen sich die Mitglieder der „Naturfreunde“, wenn sie sich bei einer Wanderung im Gebirge begegnen. Das „Berg frei!“, das wir alten und jungen Gebirgsjägern Pfingsten 2007 entgegen rufen werden, ist aber nicht als freundlicher Gruß gemeint – es heißt kurz und schlicht: „Haut ab! Macht den Berg frei! Verschwindet!“ Unser „Berg frei!“ wird ihren militaristischen Gebirgsjägergruß „Horrido“ übertönen.

Die Luft auf dem Hohen Brendten wird dünner für den Kameradenkreis der Gebirgstruppe – nicht nur, weil ihm die Mitglieder wegsterben, sondern auch, weil italienische Staatsanwaltschaften inzwischen

gegen seine Mitglieder vorgehen. 2007 wird so manches „Lebenslang“ gegen Angehörige des Kameradenkreises wegen in Italien verübter Kriegsverbrechen fällig. Dagegen versucht der Verein aus ehemaligen Wehrmachtsoldaten und Bundeswehrangehörigen noch einmal seine Mitglieder zu mobilisieren und die kriegsverherrlichende, revisionistische Politik der Kameraden unterm Edelweiß zu untermauern. Anlass ist der 50. Jahrestag der Einweihung seines „Ehrenmals“ auf dem Hohen Brendten. Von Geistlichen beider Konfessionen gesegnet, fand dort am 10. Juni 1957, 12 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, ein kriegsverherrlichendes

Schauspiel statt. Paul Bauer, der als Spitzenfunktionär des nationalsozialistischen Bergsteigens die „Naturfreunde“ gleichschaltete, Gebirgsjäger-Major, Notar und Vorstand des Kameradenkreises und maßgeblich an der Errichtung der „Weihestätte“ beteiligt, nahm sie mit den Worten in Betrieb: „Wir werden diese Stätte hüten und hegen in Treue zu unseren Gefallenen und stolz als ein Bekenntnis unseres Glaubens an den ewigen Wert ihres soldatischen Opfers.“ Das Schandmal repräsentiert einzig das ungebrochene Bekenntnis zum Krieg, ein Zeichen der Trauer um die von Gebirgsjägern ermordeten Menschen findet man nicht.

